



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009
Vergangenheitsaufarbeitung und Straßenumbenennungen (18. September 1991)

Straßennamen sind von hohem historischen Symbolwert, und Kämpfe um die Benennung bzw. Umbenennung von Straßen begleiten regelmäßig Regimewechsel. Nach dem Untergang des kommunistischen Regimes im Jahre 1990 wurde die Umbenennung vieler Berliner Straßen vorgenommen und viele davon gerieten ins Kreuzfeuer der Kritik. Die Auswahl bestimmter Straßennamen und die Ausklammerung anderer werden in diesem Artikel unter die Lupe genommen.

Überlebt Wilhelm die Straßen-Schlacht?

Pieck und die Hohenzollern in einer Stadt/ Gedanken vor dem Umbenennungs-Endspurt

Seit Monaten tobt um den Osten eine „Straßen-Schlacht“. Im Streit um die DDR-belasteten Straßennamen treten höchst unterschiedliche Auffassungen über Vergangenheitsbewältigung zutage. Die Wogen werden beim Umbenennungs-Endspurt im letzten Viertel dieses Jahres wieder höherschlagen. Der folgende Beitrag soll noch einmal einiges zu denken und zu bedenken geben, bevor neue Tatsachen geschaffen sind.

Als die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte im Mai mit 37 von 68 Stimmen eine Um- oder Rückbenennung der Wilhelm-Pieck-Straße abgelehnt hatte, schallte es durchs Berliner Abgeordnetenhaus: „Geschmacklosigkeit“, „Wahnsinn mit Methode“ und „Ohrfeige für Berlin“. Die Kompetenz der Abgeordneten in Mitte, der Bezirke überhaupt wurde angezweifelt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jochen Feilcke, der bereits symbolisch Straßenschilder der Otto-Grotewohl-Straße in Wilhelmstraße überklebt hatte, forderte auf, die Verantwortung für die Straßenumbenennungen „sofort dem Senat zu übertragen“. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Landowsky, drängte auf eine Änderung des Berliner Straßengesetzes. Ziel war eine schnelle, möglichst flächendeckende Umbenennungsaktion im Osten der Stadt. Stichtag 3. Oktober. Ähnlich der „konzertierten Aktion“ im thüringischen Gera, bei der zum 1. März sechzig Straßen umbenannt wurden. Inzwischen nun sollen die Umbenennungen unter Verantwortung der Bezirke möglichst zeitgleich vom 1. Oktober bis 31. Dezember erfolgen.

Vergangenheit soll schnell abgeworfen werden

Die hitzigen Auseinandersetzungen der vergangenen Monate waren äußerst medienwirksam, ging und geht es doch um geschichtliche Symbole, die in Umbruchzeiten schon immer große Bedeutung hatten. Wo man sich vielleicht Abstand und differenzierende Sichten gewünscht hätte, wird offenbar auf Tempo gedrückt. Die Stadt sollte schnell „mit ihrer Vergangenheit fertig“ sein. Bereits im November 1990 standen auf einer Liste mit rund 230 Vorschlägen, ausgewählt von der Arbeitsgruppe „Straßenumbenennungen“ beim 1. Stellvertreter des damaligen Ost-Berliner Oberbürgermeisters, unter anderem Namen wie Arnold Zweig, August Bebel, Bernhard Lichtenberg, die Pariser Kommune, Dietrich Bonhoeffer, die Geschwister Scholl, Heinrich Heine, Heinrich Mann oder Frank Wedekind. 1673 briefliche Vorschläge bezogen sich auf 283 Straßennamen. Auffallend war, wie wenig offensichtlich unterschieden wurde zwischen „stalinistischen Altlasten“ und demokratischen, humanistischen Traditionen, an die auch Straßenschilder im Osten erinnern.

Vielleicht hätte die neue Situation nach dem Fall der Mauer die Chance gegeben, ohne Zorn und Eifer in ganz Berlin zu sondieren, welche Namen für unsere gemeinsame und getrennte Geschichte stehen. Es gibt unüberhörbare Stimmen dafür, auch im Westen der Stadt. Der TU-Historiker Prof. Reinhard Rürup sagte im Kulturausschuß des Abgeordnetenhauses: „Die bloße Tatsache, daß eine Straße zu DDR-Zeiten einen neuen Namen erhielt, ist noch kein Grund zur Rückbenennung . . . Wir haben viele politische Namen in West-Berlin. Deshalb sollte man heute nicht verblüfft auf die Straßen im Osten gucken.“ Das gern entgegengehaltene Argument, daß Straßennamen im Westen „historisch gewachsen“ seien, abstrahiert von den großen Umbrüchen dieses Jahrhunderts in Deutschland, die sich in Straßennamen niederschlugen. So wurde die Berliner Königgrätzstraße (den Ort eines preußischen Sieges von 1866 bezeichnend) in der Weimarer Republik in Stresemannstraße umbenannt; hieß 1935 dann Saarlandstraße (aus Anlaß der Angliederung an das Deutsche Reich) und nach dem Krieg wieder Stresemannstraße. Aus dem Reichskanzlerplatz (1932) wurde der Adolf-Hitler-Platz (1939), dann wieder der Reichskanzlerplatz und Anfang der 60er Jahre der Theodor-Heuss-Platz.

Jedes System versuchte, sich vom vorhergehenden durch Umbenennungen abzugrenzen. Bereits 1926 wurde ein Stadtverordnetenausschuß eingesetzt, der die Umbenennung von Straßen und Plätzen vorbereiten sollte. Eine DDR-Ministerratsverordnung vom 30. März 1950 „zur Beseitigung nicht mehr tragbarer Benennungen von Straßen, Wegen und Plätzen“ leitete die Umbenennungswelle im Osten ein. Bis zum 31. Juli 1950 sollten Benennungen verschwinden, die „militaristischen, faschistischen oder antidemokratischen“ Charakter hatten. Wichtigstes Kriterium für Neubenennungen war die „enge Verbindung mit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung“.

Gebrochenes Verhältnis zu Opfern der Nazizeit

Auch die Straßen im Osten bezeichnen eine politische Entwicklungslinie und einen Umbruch dieses Jahrhunderts. Die Geschichte läßt sich nicht zurechtbiegen. In den westlichen Bezirken Berlins können sehr wohl Adenauer, Marx und Kaiser Wilhelm zur gleichen Zeit Straßenschilder zieren. Warum sollte nicht der Osten einige demokratisch-humanistische Traditionen einbringen, die er zweifellos auch vorzuweisen hat und die durch Namen wie Heine, Bebel, Tucholsky, Ossietzky oder einer größeren Zahl von Antifaschisten charakterisiert werden, die in der Nazizeit ihr Leben lassen mußten? Welches Zeichen könnte Berlin setzen mit dem Bekenntnis zu Ermordeten wie Lilo Herrmann, 28jährige Studentin und erste Frau Deutschlands, die 1938 aufgrund eines Volksgerichtshofs-Urteils wegen Widerstandes hingerichtet wurde. Viele dieser Namen sollen nun am besten verschwinden. Eine Autorin schreibt: „Die Opfer des Nazismus werden gleichgesetzt mit denen des Krieges . . . und mit denen des Stalinismus und der Stasi. Es wird vermischt, verwischt und nivelliert . . . Man soll wohl an der Würde der Opfer zu zweifeln beginnen und an der Notwendigkeit des Gedenkens.“ So verschwindet auch die Straße der Befreiung in Lichtenberg.

Sicher begrüßen es viele, daß wieder stadt- und geschichtsbezogene Namen auftauchen werden wie Rathausstraße, Gendarmenmarkt, Alt-Friedrichsfelde oder Breite Straße. Es gibt aber auch die Ansicht, daß die Geschichte einen Punkt gesetzt hat, sicherlich keinen Endpunkt, und daß man in aller Gelassenheit überlegen sollte, welche der unter alten Systemen vergebenen Namen wirklich nicht mehr tragbar sind. Vielleicht ist es an der Zeit, mit seiner ganzen Geschichte leben zu lernen. Im April 1967 verhinderten 100 000 Westberliner mit ihrer Unterschrift die Umbenennung des Kaiserdammes in Adenauerdamm. Ihnen ging es dabei wohl weniger um Kaiser Wilhelm, als um die Beibehaltung eines traditionellen Namens, der in der Historie eine – wie auch immer einzuschätzende – Rolle gespielt hat. Ein anderes Beispiel: Am 13. Juli 1991 votierten rund 150 Friedrichshainer auf einer Bürgerversammlung gegen die Umbenennung des Leninplatzes.

Korrekturen im Osten und Westen angebracht

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV hatte im Juni beantragt, zur Aufarbeitung der Geschichte Straßennamen umzubenennen, die „für historische Unrechtssituationen stehen“, sowohl im Osten als auch im Westen. Eine neue, verbindliche Definition bezieht sich nun – neben den schon gesetzlich fixierten Nazi-Straßennamen von 1933 bis 1945 – auf „aus der Zeit von 1945 bis 1989 stammende Straßennamen nach aktiven Gegnern der Demokratie und zugleich geistig-politischen Wegbereitern und Verfechtern der stalinistischen Gewaltherrschaft, des DDR-Regimes und anderer kommunistischer Unrechtsregime . . . “ Damit ist die Richtung vorgegeben. Wer Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten hat, gehört gewiß nicht auf ein Straßenschild. Wie aber entscheidet man heute über die historische Einordnung von Persönlichkeiten? Der Historiker Klaus Mammach schrieb: „Wenn man Schulze-Delitzschs

gedenken will (so soll ein Platz in Mitte heißen – T.H.), wieso müssen dann Liberale wie Wilhelm Külz und Otto Nuschke aus dem Gedächtnis der Berliner . . . gestrichen werden?“ Zählt hier allein ihre Zusammenarbeit mit den Kommunisten nach 1945? Immerhin war Külz ein führender liberaler Politiker der Weimarer Republik und 1926/27 Reichsinnenminister. Er starb 1948 (!), also noch vor DDR-Gründung. Nuschke war ein christlicher Politiker der Weimarer Republik, der nach dem 30. Januar 1933 Maßnahmen der Naziregierung anprangerte. Eine Leserin schrieb in diesem Zusammenhang zu Theodor Heuss, nach dem in Westberlin Platz und Weg heißen: „Daß er der erste Bundespräsident war, macht nicht seine politische Fehlleistung mit furchtbaren Folgen ungeschehen, als er 1933 seine Zustimmung zu Hitlers Ermächtigungsgesetz gab . . . “.

„Antidemokraten gab es nicht nur in der SED“, sagte ein Abgeordneter. „Geistig-politische Wegbereiter“ zieren Straßenschilder in ganz Berlin. Wie sollte man Kaiser Wilhelm einschätzen, der dreimal seinen Namen für Straßen und Plätze gab, oder Bismarck (zehnmal), oder die Hohenzollern (elfmal), nicht zu zählen die Preußen, Prinzen und Prinzregenten? Es gibt einen Hindenburgdamm, eine Tannenbergallee, zwei Sedanstraßen, eine Reichssportfeldstraße, ein „Fliegerviertel“ mit 16 von den Nazis nach „Fliegerhelden“ des ersten Weltkriegs benannten Straßen, allen voran Manfred von Richthofen.

Das ist auch unsere Geschichte. Nur offenbar eine ganz andere.

Quelle: Torsten Harmsen, „Überlebt Wilhelm die Straßen-Schlacht?“, *Berliner Zeitung* Nr. 218, 18. September 1991, S. 22.